



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungswirtschaft.

GROßE KOALITION

Große Koalition, kleiner gemeinsamer Nenner

Die große Koalition steht vor großen Herausforderungen. Eine Dekade der Stagnation, der Massenarbeitslosigkeit und der ausufernden Staatsverschuldung haben die deutsche Bevölkerung verunsichert. Pessimismus und Attentismus prägen das tägliche Leben. Nahezu fünf Millionen Menschen haben keine Arbeit. Zählt man die Frührentner, die Erwerbsfähigen in der Stillen Reserve, in staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und in Förderprogrammen hinzu, sind fast sieben Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Dazu kommt die finanzielle Schieflage der öffentlichen Haushalte. Die Staatsschulden betragen rund 1,5 Billionen Euro. Die jährliche Neuverschuldung des Staates liegt bei 3,5% des Bruttoinlandprodukts. Als Folge davon hat die neue Bundesregierung kaum Möglichkeiten, ihre eigene Wirtschaftspolitik zu gestalten und Schwerpunkte zu setzen. Sie kann nicht in die Offensive gehen und mehr Geld für Zukunftsfelder in Forschung und Entwicklung oder bei der Bildung ausgeben. Sie ist in der Defensive und muss das Geld verwenden, um in der Vergangenheit abgegebene sozialpolitische Versprechungen zu erfüllen.

Das größte Problem der großen Koalition wird sein, dass es ihr nicht gelingen wird, der Bevölkerung klar zu machen, für welche gemeinsamen Grundsätze einer sinnstiftenden Staatsidee sie stehen wird.

Geht es um Gerechtigkeit, Freiheit, Nachhaltigkeit oder den Erhalt gemeinsamer Werte und Normen? Wohin soll sich Deutschland entwickeln? Positiv gewendet kann die Unentschlossenheit die Basis

für eine ideologielose, pragmatische, sachorientierte Politik der neuen Möglichkeiten sein.

Negativ formuliert fehlt der Politik einer großen Koalition die Richtung. Ohne Richtung fehlt aber auch die Orientierung. Ohne Orientierung wird man am Ort stehen bleiben. Der politische Stillstand führt zu Stillstand bei weiterführenden strukturellen Reformen des Arbeitsmarktes, bei der Grundsanierung der Staatshaushalte und bei der Modernisierung der Sozialpolitik.

Ein Festhalten am Status quo wird jedoch nicht genügen, um Deutschland wirtschaftlich nach vorne zu bringen. Große und nicht nur kleine Veränderungen sind unverzichtbar. Es reicht nicht, nur hier und dort an der einen oder anderen Schraube des deutschen Sozialstaats zu drehen. Deutschland braucht eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss. Die ist unverzichtbar, um die Massenarbeitslosigkeit substanziell zu verringern, die Staatshaushalte ins Gleichgewicht zu bringen, die sozialen Sicherungssysteme wasserdicht zu machen gegenüber der demografischen Alterung und passende Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung und der Europäisierung zu finden. Nur wenn die Maßnahmen der einzelnen Politikbereiche wie Zahnräder ineinander greifen und zu einem stimmigen Uhrwerk zusammengefügt werden, lassen sich die ohnehin schon schwierigen Aufgaben widerspruchsfrei lösen. Genau diese Forderung wird eine große Koalition nicht erfüllen können.

Die große Koalition wird bestenfalls die Probleme verwalten. Gestalten oder gar führen wird sie weder wollen noch können. Zu unterschiedlich sind die Interessen, zu groß sind die ideologischen Gegensätze.

Ein Mandat für Reformen hat die große Koalition nicht. Etwas mehr als die Hälfte der Wähler(innen) hat weitergehende Reformen abgelehnt. 51% haben ihre Stimme der SPD, den Grünen oder der Linkspartei gegeben. Die neue Bundesregierung wird sich von einer Notstandslösung zur nächsten durchwursteln. Man wird sich schnell über ein paar völlig unbestrittene Gemeinplätze einigen, wie etwa dass die wichtigsten Regierungsaufgaben darin bestehen, für weniger Arbeitslose, mehr Wachstum oder eine Sanierung der Staatshaushalte zu sorgen. Bei der Wahl der konkreten Maßnahmen wird man sich wesentlich schwerer tun. Jeder Koalitionsvertrag ist von Natur aus zuallererst ein Kompromiss. Man neigt dazu, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen. Sind Kompromisse nicht möglich und droht ein Konflikt, weil die Interessen der Koalitionspartner zu weit auseinanderliegen, wird man rasch ein Kartell zu Lasten künftiger Generationen schließen. Dann werden Schulden gemacht, statt Einschnitte in Besitzstände. Schlechtestenfalls wird sich die große Koalition schon während der Vertragsfindung oder später im Laufe der parlamentarischen Alltagsgeschäfte gegenseitig blockieren. Was sich in den letzten 30 Jahren aufs äußerste gereizt, beharkt, gezankt und gegenseitig der Lüge bezichtigt hat, findet nicht über Nacht zusammen. Rasch wird sich zeigen, dass eine große Koalition lediglich eine ungewollte Zwangsheirat ist, aus der man bei der erstbesten Gelegenheit ausscheidet. Ergebnis ist eine Phase

der Unsicherheit und des Wartens auf den sicheren, aber noch unbekanntem Zeitpunkt einer Neuwahl.

Eine große Koalition wird wenig dafür tun, die klaffende Lücke zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Wahrheit zu schließen. Die Wahrnehmung sagt, Deutschland habe sich genügend verändert. Die Bevölkerung wäre reformmüde. Die Agenda 2010 und die Arbeitsmarktgesetze „Hartz I bis IV“, die Praxisgebühr im Gesundheitswesen oder die Nullrunden bei den Renten seien genug. Die Wahrheit ist, dass es in der Tat beachtlich ist, wie sehr sich Deutschland in den letzten fünfzehn Jahren verändert hat. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Europäisierung der Politik haben Deutschland ein neues Gesicht gegeben. Vielfach durch die Marktkräfte erzwungen, oft aber auch politisch gewollt, ist die faktische Zuständigkeit der Bundesregierung dramatisch eingeschränkt worden. Nationale Kompetenzen gingen verloren oder wurden freiwillig an europäische Institutionen oder internationale Organisationen abgetreten. Offensichtlichstes Beispiel hierfür ist der Wechsel von der Deutschen Mark, die für das deutsche Selbstverständnis weit mehr als nur eine Währung war, zum Euro.

Dazu kommt, dass kein anderes westliches Land vom Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Ost-West-Konflikts auch nur annähernd im gleichen Ausmaß betroffen ist, wie Deutschland. Das historische Glück der Wiedervereinigung ist das eine. Die ökonomischen Kosten sind das andere. Ohne die Wiedervereinigung würde in der Bundesrepublik das Wachstum im europäischen Mittelfeld liegen und wären die Staatsschulden kein Thema. Vor allem aber hat der Fall des Ei-

sernen Vorhangs die Karten in Europa neu gemischt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft waren über Dekaden die entscheidenden Trümpfe des Westens gewesen. Sie machten den Westen dem Osten ökonomisch um Längen überlegen. Sie schufen den Nährboden für Leistungsbereitschaft, moderne Technologien und Innovationen aller Art. Westdeutsche Arbeitskräfte waren nahezu auf allen Gebieten besser und dadurch meistens auch billiger als ihre östlichen Nachbarn, die keine wirklichen Konkurrenten darstellten.

Doch die Länder in Osteuropa und Südostasien haben aufgeholt, manche haben Deutschland überholt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sind heute auch im Osten Europas fest verankerte Selbstverständlichkeiten. Nicht nur im Osten Europas, sondern weltweit sind Millionen, wenn nicht gar Milliarden Menschen fast immer billiger, manchmal auch besser und gelegentlich sowohl günstiger als auch besser als deutsche Arbeitskräfte. Zwar ist es mehr als verständlich, dass niemand gerne sozialpolitische Ansprüche, Anrechte und Besitzstände aufgibt, die im Laufe des letzten Jahrhunderts in schwierigen und langwierigen Auseinandersetzungen erstritten und erkämpft wurden.

Aber die Wahrheit ist auch, dass der Strukturwandel immer raschere Anpassungen einfordert. Durch eine Reformverweigerung wird der wirtschaftliche Zustand Deutschlands nicht besser, sondern schlechter.

Der Beitrag ist im Wirtschaftsdienst, 85. Jahrgang, Heft 10, Oktober 2005 erschienen.